

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Europe.

Eine neue Farbenlehre für Labour?

Die Debatte über die programmatische Neuausrichtung der Labour-Partei in Großbritannien

DOROTHEA STEFFEN
September 2012

- Unmittelbar nach ihrer Wahlniederlage im Jahr 2010 leitete die britische Labour-Partei eine personelle, organisatorische und programmatische Neuaufstellung ein. Die Berufung von Jon Cruddas zum neuen Verantwortlichen für den parteiinternen (Wahl-)Programmprozess lässt den Schluss zu, dass die Partei hinsichtlich ihrer programmatischen Ausrichtung aktuell an einem Wendepunkt steht.
- Alle relevanten Flügel und Gruppierungen der Partei haben inzwischen ihre Antworten auf die Fragen, ob und wie sich die Labour-Partei neu aufstellen soll, vorgelegt. Jon Cruddas kann also auf die Ergebnisse einer umfassenden Debatte zurückgreifen.
- Allen Konzepten ist gemeinsam, dass sie das Verhältnis von Markt, Staat, Politik und Gesellschaft intensiv und grundsätzlich beleuchten und Chancen und Ausrichtung einer Neubestimmung ausloten.
- Starke Übereinstimmungen gibt es auch bei konkreten Forderungen. Eine Reform des britischen Kapitalismus, sinnvolle Koordination und Kooperation, mehr staatliche Einflussnahme, eine größere Bedeutung und eine stärkere Einbindung der (Zivil-)Gesellschaft werden nahezu durchgängig verlangt und sind Gegenstand konzeptioneller Vorschläge.
- Allerdings bestehen auch gravierende Unterschiede. Umstritten ist, ob ein eher visionärer oder eher pragmatischer Ansatz gewählt werden sollte. Auch die Schwerpunktsetzungen sind bei den verschiedenen Ansätzen sehr unterschiedlich. Ob es gelingt, aus diesen Konzepten einen kohärenten, von der Partei breit unterstützten Entwurf zu destillieren, bleibt abzuwarten. Weil die Debatte die Schwierigkeiten vieler sozialdemokratischer Parteien exemplarisch beleuchtet, ist sie weit über Großbritannien hinaus von Interesse.



Inhalt

1. Einführung	3
2. Die Zivilgesellschaft als zentraler Bezugspunkt und (neuer) Akteur	4
2.1 Blue Labour/Maurice Glasman	4
2.2 Die Gute Gesellschaft: Compass und Social Europe Journal	7
3. Advokaten eines starken (Zentral-)Staates und einer traditionellen Sozialdemokratie	9
3.1 The Red Book	9
3.2 Klassische Sozialdemokratie: Roy Hattersley und Kevin Hickson	11
4. Die Bedeutung des Marktes und die Zwänge der Finanzen	11
4.1 Purple Labour: Neuformulierung des Dritten Weges	11
4.2 Black Labour: Plädoyer für »Fiskalischen Konservatismus«	14
5. Für ein neues Verständnis von Politik durch Einsicht in fundamentale Veränderungen	15
5.1 New Thinking: IPPR	15
5.2 »After the third way«	16
6. Zusammenfassung	18
Literatur	20

1. Einführung

»We must be bold and radical«¹ – so umreißt Jon Cruddas, der neue Verantwortliche für die *policy review*, also für den (Wahl-)Programmprozess der britischen Labour-Partei, wie er sich die Neuausrichtung seiner Partei vorstellt.

Seit der dramatischen Wahlniederlage vor zwei Jahren, am 10. Mai 2010, wird in der Labour-Partei sehr engagiert um eine Neuaufstellung gerungen. Zur Erinnerung: Mit 29 Prozent hatte die Partei damals ihr zweitschlechtes Ergebnis seit 1918 erzielt und sich nach 13 Jahren ununterbrochener und alleiniger Regierungsverantwortung auf die Oppositionsbänke verwiesen gesehen. Zwar konnte sie zwei Jahre später bei den Kommunalwahlen am 3. Mai 2012 mit 38 Prozent einen klaren, wenn auch keinen durchschlagenden Erfolg erzielen und liegt auch in den Umfragen stabil vor der konservativ-liberalen Koalition. Jedoch: Dieselben Umfragen zeigen, dass der Vorsprung Labours eher aus der Schwäche der Koalitionsregierung und weniger aus einer eigenen Stärke resultiert. Labour hat also eine Chance, in den nächsten, 2015 anstehenden Parlamentswahlen wieder stärkste Partei zu werden und die Regierung zu stellen. Um diese Chance wirklich nutzen zu können, muss sie ihr Profil aber weiter schärfen.

Dass Labour sich neu aufstellen muss, war in der Partei nach der Wahlniederlage ähnlich unumstritten wie es in Deutschland bei der SPD nach ihrer Niederlage im Jahr 2009 der Fall war. Ein wichtiger Unterschied lag und liegt aber in der jeweils aktuellen Ausgangsposition beider Parteien. Das bedeutet für die SPD, dass der Streit um die Regierungsbilanz von Rot-Grün und besonders um die Agenda 2010 in eine Phase der gesellschaftlichen Polarisierung, aber gleichzeitig des wirtschaftlichen Aufschwungs fiel, was zu einer ambivalenten Beurteilung der Reformen und der Regierungstätigkeit insgesamt führte und führt. Labour hingegen wurde abgewählt, als Großbritannien finanziell, ökonomisch und gesellschaftlich in eine schwere Krise geriet. Dadurch war nicht nur die haushalts- und wirtschaftspolitische Kompetenz, sondern das gesamte Staats-, Gesellschafts- und Politikverständnis New Labours infrage gestellt: Schon die Beteiligung am

Irakkrieg, zahlreiche Privatisierungen und ein als technokratisch empfundener Regierungsstil hatten viele Labour-Anhänger befremdet. Nach der Finanzkrise – und den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung – gesellte sich dazu der Eindruck, das Erbe New Labours bestehe aus zerrütteten Staatsfinanzen, einer polarisierten und zunehmend desintegrierten Gesellschaft und einer ökonomisch wie gesellschaftlich-kulturell unter Druck geratenen Mittelschicht, in der Ängste vor Abstieg, »Überfremdung« und Kriminalität zunehmen und sich verstärken. Die einstmalige breite Wählerbasis erodierte: Von »links« wurde New Labour beschuldigt, sich dem Neoliberalismus geradezu ergeben und die Krise durch eine einseitige Fixierung auf die (Finanz-)Märkte – und deren Deregulierung – verschuldet zu haben. Von »rechts« kam der umgekehrte Vorwurf: Die von den Tories und Liberaldemokraten unermüdlich verbreitete Botschaft, Labours *big government* und *big spending* seien für das Haushaltsdefizit verantwortlich und ein strikter Austeritätskurs bei gleichzeitiger Neubegründung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (*big society*) werde zu einer finanziellen und moralischen Konsolidierung führen, fiel auf fruchtbaren Boden und schien auch für viele ehemalige Labour-Wähler plausibel zu sein.

Die im Mai 2012 erfolgte Berufung von Jon Cruddas zum neuen *policy chief* der Labour-Partei markiert eine wichtige Zäsur im Prozess der programmatischen Profilschärfung. Mit der Entscheidung für den 50-jährigen Abgeordneten für Dagenham und Rainham hat Ed Miliband klargestellt, dass er die *policy review* für wichtig hält und dass er sie anders ausgerichtet wissen will: Jon Cruddas ist klar auf die Partei orientiert, gilt als nachdenklich und intellektuell. Anders als sein Vorgänger, der frühere Staatssekretär in der Schatzkanzlei Liam Byrne, ist er zudem kein Blairite, sondern ein (unkonventioneller) Parteilinker. Es ist daher zu erwarten, dass Jon Cruddas den Programmprozess neu beleben und akzentuieren wird – und genau das auch soll.

So ernsthaft die Probleme sind, vor denen Großbritannien und Labour stehen, so fundamental ist die Debatte, die innerhalb Labours um die programmatische Neuaufstellung geführt wird. Jon Cruddas kann dabei auf zahlreiche Konzepte zur Neuaufstellung der Labour-Partei zurückgreifen. In nahezu allen Flügeln und Gruppierungen wird das Verhältnis von Staat, Politik, Markt, Gesellschaft und Individuen sehr grundsätzlich diskutiert, genauer: ob und wie, in welchem Maß, in welcher Richtung und mit welcher Zielsetzung dieses Verhältnis neu bestimmt,

1. Helm, Toby/Coman, Julian: Labour's new policy chief: we must be bold and radical, in: *The Guardian* vom 16. Juni 2012 (<http://www.guardian.co.uk/politics/2012/jun/16/labour-policy-radical?intcmp=239>). Abgerufen am 1. Juli 2012.

neu austariert oder neu akzentuiert werden muss. Stand dabei zunächst im Zentrum der Aufmerksamkeit, welchen Anteil New Labour an der Krise hat, so ist es inzwischen die Tatsache, dass auch in Großbritannien eine tiefe und fundamentale Kritik an den Märkten nicht in neues Vertrauen in Staat und Politik umschlägt – und die Frage, wie diese Kluft überbrückt werden kann.

Sehr vereinfacht lassen sich die verschiedenen Konzepte auf zweierlei Weise gegeneinander abgrenzen:

Zum einen unterscheiden sie sich in ihren Ausgangspunkten: Für einige Gruppierungen und Flügel zeigt sich in der Krise Großbritanniens und Labours die Notwendigkeit und die Chance eines umfassenden und grundsätzlichen Reformprogramms – die Lage ist so schlecht, dass ein radikales und grundsätzliches Reformprogramm notwendig ist, und auch als plausibel und legitim erscheint. Für andere Gruppen verhält es sich genau umgekehrt, hier begründet die Krise die Legitimität und Notwendigkeit eines pragmatischen Politikentwurfs: Die Lage ist so schlecht, dass visionäre Ansprüche zurückgestellt werden müssen; Mittel und Wege zu finden, die aktuellen Probleme einigermaßen in den Griff zu bekommen, ist angesichts der massiven Widerstände schwierig genug und bindet alle Energie.

Zum anderen – und mit dem gerade Geschilderten nicht deckungsgleich – lassen sich vier Schwerpunkte unterscheiden, die die Konzepte unterschiedlich setzen. Einige Ansätze legen das Gewicht auf die (Zivil-)Gesellschaft, andere beziehen sich stärker auf den Staat, eine dritte Gruppe hebt auf den Markt ab und eine vierte rückt die Notwendigkeit, neue politische Strategien aufgrund der fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu entwickeln, in den Mittelpunkt.

Im Folgenden werden die verschiedenen Ansätze anhand der vier oben genannten Schwerpunkte dargestellt und eingeordnet.² In einem abschließenden Kapitel wird die Debatte zusammenfasst und es werden Schlussfolgerungen für die europäische Debatte zur Neuausrichtung der Sozialdemokratie gezogen.

2. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Vorschlägen und Konzepten, die sich direkt mit der Labour-Partei beschäftigen. Beiträge die sich primär mit einzelnen politischen Feldern und Themen beschäftigen, werden nicht behandelt.

2. Die Zivilgesellschaft als zentraler Bezugspunkt und (neuer) Akteur

2.1 Blue Labour/Maurice Glasman

Glasman, Maurice / Rutherford, Jonathan / Stears, Marc / White, Stuart (Hrsg.): *The Labour Tradition and the Politics of Paradox: The Oxford London Seminars 2010–11*.

Glasman, Maurice: *My Blue Labour vision can defeat the coalition*, in: *The Guardian*, 24. April 2011.

Glasman, Maurice: *Ed Miliband must trust his instincts and stand up for real change*, in: *New Statesman*, 5. Januar 2012.

Kritik:

Patrick Diamond: *Was will »Blue Labour«?*, in: *Berliner Republik* 1/2012.

Runciman, David: *Socialism in One County*, in: *London Review of Books* (Online), Bd. 33, Nr. 15, 11–13.

Unter dem Label »Blue Labour« firmieren die inner- wie außerhalb Großbritanniens bekanntesten Vorschläge zur Neuaufstellung Labours. Unter Berufung auf die Labour-Tradition, mit Rückgriffen auf den ethischen Sozialismus und den Kommunitarismus des frühen Tony Blair, plädieren seine Vertreter – mit unterschiedlicher Ausrichtung und Intensität – dafür, Demokratie und (Labour-)Politik (wieder) in zivilgesellschaftlichen Strukturen und Identitäten, in konkreten Erfahrungen und lokalen Erfahrungsräumen, in basalen und identitätsstiftenden Werten zu verwurzeln und damit letztlich neu auszurichten und zu begründen. Damit und mit der Äquidistanz, die sie zu Markt und Staat, jedenfalls in seiner jetzigen Form, wahren, reflektieren sie die Vertrauenskrise von Markt und Staat und versuchen diese aufzulösen.

Die Bewegung hat in den Jahren 2010 und 2011 enorm Furore gemacht und die gesamte Debatte in und um Labour völlig neu strukturiert. Sie hat nicht nur die tradierten und bis dahin dominierenden Gegensätze von Brownites und Blairites hinweggefegt, sondern die Diskussion in weiten Teilen bestimmt, polarisiert und in wichtigen Punkten auch geklärt.

Ins Leben gerufen wurde Blue Labour bereits im Jahr 2009. Wichtigste und bis heute zentrale Figur ist der Sozialtheoretiker und Praktiker des *community organizing* (*London citizens*) Maurice Glasman. Als seine Gesprächspartner und Mitstreiter sind vor allem der an der Univer-

sität Middlesex lehrende Kulturtheoretiker Jonathan Rutherford und der Oxforder Politiktheoretiker Marc Stears zu nennen. Aus der – kritischen – Auseinandersetzung mit der Bankenrettung durch Gordon Brown und mit den Ansätzen und Ansichten des »Red Tory« Phillip Blond (dem Erfinder des konservativen *big society*-Konzepts) entwickelte gerade Maurice Glasman eine fulminante Kritik (New) Labours, die in der publikumswirksamen Forderung nach mehr *conservatism* (ausdrücklich mit kleinem »c«) gipfelt. Konkret ist damit eine Rückbesinnung auf die alte Kernwählerschaft, also auf die Arbeiter beziehungsweise die Arbeiterklasse, gemeint, und zwar weniger auf deren (materielle) Bedürfnisse als auf deren Werte, Traditionen und Erfahrungen, vor allem aber auf die ursprüngliche Form des gesellschaftlich-politischen Engagements: die Artikulation, der Ausgleich oder die Durchsetzung von Interessen in der und durch die (lokale) Gemeinschaft der Citizens.

Diese Zivilgesellschaft kennzeichnen drei Momente: Zum einen bildet sie keine Spaßgesellschaft, es geht ihr nicht um (individuellen) Konsum, sondern um die sinnvolle und (selbst-)verantwortliche Gestaltung ihres Lebens (ungefähr im Sinne der aristotelischen Tugendlehre), kurz: um die Herstellung des Gemeinwohls. Dieses Leben ist also – zweitens – ein gemeinsames, soziales: Die Menschen werden nicht wie bei New Labour in erster Linie als Individuen, sondern als gesellschaftliche Wesen angesprochen. Dabei bilden sie – drittens – keine homogene Gruppe. Im Gegenteil, gerade ihre Pluralität und Diversität ist charakteristisch – und zu bewahren und zu verteidigen und zwar zum einen gegen die Marktkräfte, die auf die Kommodifizierung aller Lebensbereiche drängen, zum anderen gegen den büro- und technokratischen (Sozial-)Staat, der Menschen zum Objekt macht und aus ihren tradierten Bindungen löst.

Demokratie wird also radikal als Selbstorganisation der Menschen begriffen. Sie steht gegen den Markt (und potenziell auch gegen den Staat). Demokratische Politik ist nicht die Bastion einer abgehobenen, sich im Besitz absoluter und durch wissenschaftliche Expertise gewonnenen Wahrheiten wöhnender politischen Klasse, ihre Subjekte (und nicht Adressaten oder Objekte) sind vielmehr die »normalen« Menschen. Sie ist keine technokratische Steuerung, die auf die Optimierung individueller Fähigkeiten und Chancen in der Wirtschaft zielt, sondern gesellschaftliche Selbstorganisation und als solche im Grunde Selbstverwirklichung der Menschen. Dabei grundlegend

(weil sie Menschen miteinander verbinden) sind weniger abstrakte Werte als konkrete Erfahrungen, moralisches Empfinden und Emotionen. Ihr liegt kein fortschrittliches, auf die Zukunft gerichtetes, homogenes und optimistisches Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde. Pluralität, Heterogenität, Diversität und Konflikte werden nicht nur als existent, sondern als struktur- und systembildend und damit als bewahrens- und anerkannt. Wandel und Fortschritt sind nichts per se Positives, sondern tendenziell Vehikel für Markt (und Staat), die demokratische Struktur der Zivilgesellschaft zu beschneiden.

Legitimiert wird das Konzept für Maurice Glasman dadurch, dass es spezifisch englisch ist (dabei bezieht er sich auf die pluralen Herrschaftsstrukturen der Tudorzeit) und gleichzeitig die historische Identität Labours prägt. Im Londoner Dockerstreik von 1889, für ihn der eigentliche Anfang der Labour-Bewegung, fallen alle kennzeichnenden Elemente – ein Interessenkonflikt als Ausgangspunkt, die außerstaatliche Selbstorganisation, die Zusammenarbeit mit anderen relevanten gesellschaftlichen Gruppen und (so von Glasman allerdings nicht formuliert) die Abwehr von Wandel und vermeintlichem Fortschritt – quasi idealtypisch zusammen. Die nach herkömmlicher Lesart großen Erfolge Labours – die Durchsetzung und Etablierung des Wohlfahrtsstaates nach dem Krieg durch die Regierung Attlee – erscheinen demgegenüber als Bruch mit der Tradition, als Hinwendung zu den abstrakten beziehungsweise abstrahierenden Lösungsansätzen des Liberalismus und als erster Schritt ins Verhängnis. Den zweiten Schritt machte New Labour, indem sich die Partei nach dem Staat nun auch dem Markt ergab. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Großbritanniens erscheinen also als Folgen eines Identitätsverlustes – Englands, aber vor allem Labours. Das heißt auch, dass die Krise Großbritanniens und die Krise Labours zusammenfallen – und nur durch radikale Umkehr bekämpft werden können, aber auch bekämpft werden müssen.

Labour muss sich also wieder als politischer Anwalt einer sich selbst organisierenden Zivilgesellschaft begreifen. Anstatt Marktkräfte frei- und Marktmechanismen durchzusetzen, muss dieser im gesellschaftlichen Prozess Tendenzen unterstützen, durch die der Markt in seine Schranken gewiesen und auf das Gemeinwohl ausgerichtet wird. Das heißt in der aktuellen Situation konkret: Labour soll dafür eintreten, die britische Wirtschaft in Richtung der nordeuropäischen Stakeholder Economy zu

reformieren, die Finanzmärkte zu re-regulieren, das Bankenwesen zu regionalisieren und den Mindestlohn (explizit als *living wage* bezeichnet) auszuweiten. Außerdem müssen – orientiert an der deutschen Konsenskultur – demokratische Strukturen in der Wirtschaft gestärkt, also Sozialpartnerschaftlichkeit und Mitbestimmung etabliert sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung verbessert (und damit die *hire and fire*-Kultur begrenzt) werden. Anstatt Politik als zentralstaatliche, rationale und manageriale Steuerung zu verstehen, muss Labour Emotionen, den Sinn für (Selbst-)Verantwortung und Reziprozität ernstnehmen, für Dezentralisierung und Subsidiarität eintreten, also die tradierten, kleinräumigen, von unten nach oben wachsenden Strukturen bewahren und revitalisieren sowie die traditionellen Garanten traditioneller Bindungen stärken: Nachbarschaften, *communities* und *family, faith and flag*.

Gerade die Beiträge von Maurice Glasman sind bestechend. Das liegt zum einen an seiner »authentischen« Sprache (obwohl Glasman nicht als genialer Schreiber gilt). Seine Ablehnung aller Abstraktionen und Ismen entspricht seinem Stil und seiner im Vergleich mit normaler Polit-Literatur ausgesprochen erfreulichen Lust an Bildhaftigkeit und Zuspitzung. Außerdem erzählt Maurice Glasman eine Geschichte und entwirft damit das, was weithin gefordert wird: ein neues Narrativ. Dieses Narrativ verbindet die weithin geäußerte Kritik an tragenden Säulen des Dritten Weges mit dem allgemeinen Unbehagen an der Globalisierung und den aktuellen Krisenerfahrungen. Es nimmt viele der Forderungen auf, die in anderen Labour-Flügeln diskutiert werden – eine grundsätzliche Reform der britischen Wirtschaft und Gesellschaft hin zu mehr Dezentralität, Reziprozität, die Stärkung kooperativer und solidarischer Strukturen, die Forderung nach einer neuen Verwurzelung von Politik in der Gesellschaft. Und es verdichtet beides zu einem Gegen- und Gesamtentwurf, der mit der Berufung auf die eigentliche Tradition Labours (und Englands) eine starke Legitimation erhält.

Allerdings gibt es auch Kritik. Gerade von den Anwälten des Dritten Weges wird das Konzept als hoffnungslos nostalgisch oder reaktionär kritisiert. Besonders die negative Sicht auf »Fortschritt« und die geforderte Ausrichtung der Politik auf die Arbeiterschaft wird abgelehnt. Politisch-strategisch wird eingewandt, dass eine solche Ausrichtung die (auch beim Wahlsieg Tony Blairs) entscheidende Ansprache verschiedener Wahlsegmente (und damit konkret Labours Wahlchancen) gefährde; inhalt-

lich wird eingewandt, dass die Berufung auf die Klassenidentität nicht (mehr) tragen könne: Die »Arbeiterklasse« werde nicht nur immer kleiner, sondern auch immer weniger greifbar, da sie sich und ihre Identität nicht mehr durch ihre Stellung im Produktionsprozess, sondern durch Konsum definiere.

Auch eine vorrangige Orientierung der Labour-Politik an Werten und Normen (der Arbeiterklasse) wird skeptisch gesehen. Weil damit Sorgen um die kulturelle Identität, Kritik an der Einwanderung und ihren sozialen und kulturellen Folgen ein großer Stellenwert eingeräumt wird, wird dem Konzept vorgeworfen, rassistischen Tendenzen nichts entgegenzusetzen oder diesen sogar Vorschub zu leisten. Die Vermutung, dass mit der Betonung der Familie tradierte Rollenbilder wiederbelebt werden (sollen), und die Neigung Glasmans, negative Entwicklungen mit weiblichen, positive mit männlichen Metaphern zu beschreiben, haben zum Vorwurf der Frauenfeindlichkeit geführt. Gegen eine zu starke Betonung von Selbstverantwortung und Reziprozität wird eingewandt, dass sie Bestrebungen unterstützen kann, Sozialleistungen einzuschränken oder zu priorisieren, und dass sie eine inklusive und generöse (Sozial-)Politik delegitimieren kann.

Auch die extraordinäre Rolle, die in diesem Entwurf der Zivilgesellschaft zugebilligt wird, wirft Fragen auf. Der Kritik, dass – gemessen an dem analytischen und theoretischen Aufwand – verhältnismäßig wenig Konkretes formuliert wird, kann entgegengehalten werden, dass das ja auch gar nicht beabsichtigt wird: Subjekt und Autor von Politik ist ja gerade die Zivilgesellschaft. Ernster zu nehmen ist, dass die historisch schwache Ausformung der Zivilgesellschaft in Großbritannien die Konzentration auf die *citizens* zumindest konkretisierungsbedürftig erscheinen lässt.

Gerade aus deutscher und europäischer Sicht problematisch ist zudem, dass die lokale und nationale Ebenen stark in den Vordergrund gerückt und Demokratie und Gemeinwohl äußerst eng auf sie bezogen (wenn nicht gar mit ihnen identifiziert) werden. Denn Europa und die Welt rücken damit thematisch, aber auch als wichtige Handlungsebenen an den Rand. Gerade im Verbund mit der »linken« Kritik am Marktversagen und an den Auswirkungen der Globalisierung (und den Entwicklungen in der EU selbst) kann die Europaskepsis gestärkt werden. Zudem erscheinen wichtige Themen, die eben oft europäische oder globale sind, als nachrangig und nur schwer »an-

schlussfähig«. Das engt das Themenfeld Labours ein und ist möglicherweise sogar kontraproduktiv. Ob die Kommodifizierung lokal und national wirklich aufgehalten werden kann, erscheint angesichts eines internationalen und globalen Kapitalismus mehr als zweifelhaft. Ähnliches gilt für ökologische Fragen wie die Bewältigung des Klimawandels und die Reform der britischen Wirtschaft in Richtung einer *green economy*, die von anderen, zumeist parteilinken Gruppen in den Vordergrund gerückt werden. Beide Ziele sind zu weiten Teilen nur mit internationalen und überdies breiten institutionellen Lösungsansätzen zu erreichen. Sie spielen vielleicht auch deshalb bei Blue Labour kaum eine Rolle, eröffnen allerdings faktisch eine echte Chance – für die britische Wirtschaft, und um ein sehr reales und drängendes Problem anzugehen.

Schließlich ist zu fragen, ob eine umfassende Dezentralisierung, wie sie für einen mikro-demokratischen Ansatz notwendig wäre, angesichts der im Vergleich zu Deutschland schwachen Stellung der Kommunen möglich ist – zumal Initiativen, die Bürgermeister künftig direkt zu wählen, gerade zum größten Teil von der Bevölkerung abgelehnt worden sind. Überdies bleibt zu fragen, ob die Mikro-Demokratie nicht irgendwann zwingend mit der Makro-Demokratie und ihren Imperativen, Strukturen und Logiken kollidiert und ob hier nicht zumindest die Notwendigkeit besteht, sich über die Vereinbarkeit und/oder Abgrenzung beider Ansätze konkretere Gedanken zu machen. So wird beispielsweise bezweifelt, ob mehr Gleichheit auf lokaler Ebene erreicht oder nicht im Gegenteil verhindert werden würde.

Mit seinem Anspruch, das neue Narrativ für Labour zu bilden, hat sich Blue Labour bislang nicht durchgesetzt. Zudem ist es als »Marke« und Netzwerk nach einigen Interviews, in denen Maurice Glasman im Sommer 2011 vorgeschlagen hat, die Einwanderung zu begrenzen und ernsthaft in eine Debatte mit rechtsextremen Parteien einzutreten, inzwischen gesprengt. »Erledigt« hat sich Blue Labour aber nicht. Movement for Change (M4C), die Kampagne, die Maurice Glasman im Rennen um den Parteivorsitz für David Miliband ins Leben gerufen hatte, wird fortgesetzt (mit David Miliband). Zentrale Inhalte und Ansätze werden weiterhin diskutiert und zwar »von unten« (wie in dem relativ neuen Labour-nahen Blog *Shifting Grounds*, der explizit die Entwicklung einer neuen gemeinwohlorientierten Politik vorantreiben und den Markt-radikalismus herausfordern will) und »von oben«, von der Parteispitze. Ed Miliband greift immer wieder Themen in

»Blue Labour-Manier« auf und stellt beispielsweise die Interessen »normaler« Menschen gegen die großer Unternehmen oder betont die Bedeutung von Werten und Verantwortung. Er hat nach wie vor gute Kontakte zu Maurice Glasman, der auf seinen Vorschlag mittlerweile zum Mitglied des Oberhauses ernannt wurde, dasselbe gilt für seinen wichtigsten Berater Steward Wood. Mit Jon Cruddas hat er zudem einen neuen *policy chief*, der sich zwar nie mit Blue Labour identifiziert hat, viele der Ansätze aber teilt und in seinen Beiträgen und Reden immer wieder seinen emotionalen Zugang zu Politik und Labour betont.

2.2 Die Gute Gesellschaft: Compass und Social Europe Journal

Cruddas, Jon / Andrea Nahles: *Building the Good Society. The project of the democratic left*, London (compass) 2009.
 Reed, Howard / Lawson, Neal (Hrsg.): *Plan B. A good economy for a good society*, London (compass) 2011.
 Meyer, Henning / Rutherford, Jonathan (Hrsg.): *The Future of European Social Democracy. Building the Good Society*, London (palgrave macmillan), 2012.
 Cox, Joe: *Plan B. What Britain can learn from the german economic recovery*, London (compass) Mai 2012.

Auch das auf englischer Seite von Compass, einer über Labour hinausgreifenden Plattform der demokratischen Linken, und von Social Europe, einer Plattform für die Diskussion progressiver Politik, sowie auf deutscher Seite von der FES getragene Good-Society-Projekt rückt die Gesellschaft (programmatisch) in den Mittelpunkt. Anders als bei Blue Labour geht es dabei aber weniger um die Mikro- als um die Makro-Gesellschaft, weniger um eine historische als um eine zukünftige Gesellschaft. Zudem ist die Gesellschaft weniger End- als Ausgangspunkt: Die Frage nach der notwendigen und wünschenswerten Gesellschaftsform führt zu der Frage, wie Wirtschaft und Staat, aber auch die (Labour-)Politik reformiert werden müssen, um einer »Guten Gesellschaft« gerecht zu werden. Dabei spielt auch für Compass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle: Auf sie muss sich die Politik in neuer Weise beziehen und inhaltlich wie prozessoral völlig neu konzipiert und entwickelt werden. Sie ist weniger alleiniger Hort der Politik als der entscheidende Motor dafür, dass es gelingt, dem ambitionierten Reformprogramm eine breite Legitimation und Unterstützung zu verschaffen und es so durchzusetzen. Anders ausgedrückt: Der Vertrauenskrise

von Staat und Politik soll dadurch begegnet werden, dass ein gesellschaftlich getragener – in Reichweite und Ausrichtung neuer – Gestaltungsanspruch entwickelt wird.

Entstanden ist das Good-Society-Projekt als Anti-These zu New Labour. »Von unten«, also von der Basis, wurden zunächst in einer europaweiten Onlinedebatte, dann auf Konferenzen Chancen und Richtungen einer Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik erörtert. Die so entwickelten Ansätze wurden in dem im Jahr 2009 von Andrea Nahles und Jon Cruddas gemeinsam publizierten Papier gebündelt. Mit ihm sollte explizit ein Gegenentwurf zum Schröder-Blair-Papier von 1999 geschaffen und versucht werden, die Debatte um die Gestalt und Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft von den Prämissen des Dritten Wegs, vor allem von denen des Primats und der Freisetzung von Marktkräften und den sich daraus entwickelnden Sachzwanglogiken zu befreien.

Fortgesetzt und – vor dem Hintergrund der Finanzkrise und sozialdemokratischer Wahlniederlagen – konkretisiert wurde der Versuch, einen theoretischen und politischen Rahmen für ein neues sozialdemokratisches Denken in Europa zu formulieren, in dem von Henning Meyer und Jonathan Rutherford herausgegebenen Sammelband *The Future of European Social Democracy. Building the Good Society*. Insbesondere zwei seiner Ansätze oder Themenkreise spielen in der speziell um die Labour-Partei und um Großbritannien kreisenden Diskussion eine wichtige Rolle. Das sind zum einen die Notwendigkeit und die Richtung einer Reform des Kapitalismus. Die Idee eines sich selbst regulierenden Marktes habe sich als Illusion erwiesen. Seine Einbettung und Ausrichtung durch Regulierung und Institutionen sei nicht nur notwendig, um Marktversagen entgegenzuwirken, sie Sorge auch dafür, dass die Potenziale der Marktwirtschaft – ihre Fähigkeit zu Innovation und Effizienz – realisiert werden können. Zum anderen ist es die These, dass die Sozialdemokratie ihre Politik stärker und neu verwurzeln und ausrichten muss. Denn die einseitige europäische Integration, die wirtschaftlich deutlich weiter fortgeschritten ist als politisch, habe dazu geführt, dass sich die Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Politik fundamental verändert haben. Konkret habe sie die Möglichkeiten für eine nachfrageorientierte Politik grundsätzlich eingeengt. Gleichzeitig habe sie zu der Situation geführt, dass auf nationaler Ebene zunehmend *politics without policy*, also Politik ohne politische Linie, und auf der europäischen Ebene *policy without politics*, also die Formulierung einer

politischen Linie ohne Politik stattfinde. Um dieser Dysfunktionalität entgegenzuwirken, müsse die sozialdemokratische Politik gleichzeitig europäischer und lokaler werden – in ihrem politischen Handeln, in Inhalten wie in der Sprache und Organisation. Beides bedinge sich dabei gegenseitig: Auf europäischer Ebene zusammenzuwachsen und zu einer neuen Durchsetzungskraft zu finden, sei ein langer Prozess, der legitimiert und getragen werden müsse. Er könne daher nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie ihre Wurzeln neu stärke und den Kontakt zur Basis intensiviere.

Direkt auf die britische Situation – auf die aktuelle wirtschaftliche Lage und auf die Politik der Regierung Cameron – bezogen, ist der von Howard Reed und Neal Lawson, dem Chef von Compass, verfasste »Plan B«. Er konkretisiert einige der im Good-Society-Konzept entwickelten Ansätze zur Reform des Kapitalismus und will damit explizit eine Alternative zur Spar- und Kürzungspolitik der Koalitionsregierung formulieren. Diese Reform muss aus Sicht von Reed und Lawson zwei zentrale Entwicklungen reflektieren beziehungsweise für zwei zentrale Entwicklungen Lösungen anbieten: (für) die Globalisierung und (für) den Klimawandel und die Bewältigung seiner Folgen. Als zentrales Projekt wird daher der Umbau zu einer *low-carbon economy* identifiziert. Um ihn zu erreichen, sei es zuallererst notwendig, mit der strikten Austeritätspolitik zu brechen und eine antizyklische, nachfrageorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, also mit öffentlichen Investitionen in den Grünen Wirtschaftsumbau und mittels vermehrter Kaufkraft die Wirtschaft anzukurbeln. Eine Neustrukturierung des Steuersystems, die umfassende Re-Regulierung der Finanzmärkte, ein Umbau der Sozialsysteme (unter dem Motto: Prävention statt Reparatur) sei ebenso notwendig wie eine Neuordnung des Bankensystems, ein Umbau der Arbeitswelt und eine aktive Industriepolitik.

Diese letztgenannten Vorschläge sind zuletzt weiter konkretisiert und präzisiert worden – und zwar mit einem Blick nach Deutschland. Die Publikation von Joe Cox *Plan B. What Britain can learn from the German economic recovery* hebt hervor, dass mit einem regionalisierten Bankensystem (und einer gesetzlich fixierten Verpflichtung, in lokale/regionale Wirtschaft zu investieren), einer (an der KfW-Bank orientierten) British Investment Bank an der Spitze und der angestrebten Trennung von Geschäfts- und Investitionsbanken gerade kleine und mittlere Unternehmen verlässlich mit Kapital versorgt

werden könnten. Chancen lägen insbesondere auch in mehr Mitbestimmung (im Hinblick auf eine konsensuale Konfliktlösung und mehr Einkommensgleichheit), in einer Arbeitszeitreduktion (im Hinblick auf die Verteilung von Erwerbsarbeit und die *life-work-balance*) und in einem starken Arbeitsrecht (im Hinblick auf Investitionen in Aus- und Weiterbildung). Auch das Potenzial einer Industriepolitik, die nicht wertfrei und nur auf kurzfristige *costs of delivery* orientiert ist, sondern aktiv basale wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele verfolgt (wie die Korrektur von Marktversagen, die Sicherung guter Jobs, der regionalen Balance und des grünen Wirtschaftsumbaus), zeige sich am deutschen Beispiel.

Auch das zweite Feld – die Notwendigkeit einer Neufundierung und -ausrichtung von Politik – wird von Compass weiter diskutiert. Zum einen, indem die politische Sprache, der politische Stil, die Form der politischen Auseinandersetzung und die Bedeutung einer emotionalen Bindung immer wieder angesprochen werden. Zum anderen, indem die Notwendigkeit, den Staat beziehungsweise das staatliche, öffentliche und politische Handeln zu reformieren und die Kluft zwischen Staat und Politik auf der einen und den »normalen Menschen« auf der anderen Seite zu überwinden, betont und konkretisiert wird. Es kristallisiert sich dabei immer wieder heraus, dass dem öffentlichen Raum und der Zivilgesellschaft dabei eine zentrale Rolle zugewiesen wird. Interessant ist diese Debatte deshalb, weil sie von verschiedenen Blickwinkeln aus geführt wird und so die Möglichkeit eröffnet, solche Themen mehrheitsfähig zu machen: Der Schutz des öffentlichen Raums und die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft werden nicht nur beispielsweise aus einer Blue Labour-inspirierten Argumentation heraus, sondern auch (wie bei Colin Crouch) im Rahmen einer dezidiert liberalen Perspektive gefordert. Der Wissenschaftler (und Träger des diesjährigen Preises für das politische Buch der FES) plädiert energisch (wenn auch nicht besonders optimistisch) für eine Revitalisierung der Zivilgesellschaft und Neubelebung zivilgesellschaftlicher Diskurse als einziger Gegenmacht gegen die ökonomische und politische Macht der großen Konzerne.

In diesem Plattformcharakter liegt sicher eine zentrale Bedeutung von Compass. Der Thinktank hat das Potenzial, zumindest die parteilinken Kräfte, Themen und Ansätze zusammenzubinden und zu einem neuen Gesamtentwurf zu verdichten. Mit »Plan B« und mit dem Good-Society-Projekt hat dieser eine gute Basis, deren wichtigste Stär-

ken wahrscheinlich die analytische Tiefe, die europäische Ausrichtung und eine gewisse Radikalität sind. Der Entwurf einer *green economy* ist in Großbritannien und in der Labour-Partei zwar möglicherweise seiner Zeit voraus (die ökologische Debatte läuft dort anders als in Deutschland). Es ist aber ein Konzept, das die Partei nicht nur zu den Liberaldemokraten hin öffnen würde und ihr ein klares politisches Projekt und damit eine klare politische Identität zuordnen würde. Letzteres gilt auch für das Good-Society-Projekt, das allerdings noch ambitionierter ist und auf nichts weniger als eine neue politische Ökonomie und eine grundsätzliche Neufundierung der politischen Landschaft abzielt, wie sie Attlee oder Thatcher gelungen ist. Diese Stärke ist aber auch gleichzeitig eine Schwäche, konkret wird dem Projekt und Compass vorgeworfen, hoffnungslos utopisch zu sein. Wie auch immer man dazu steht, klar ist: Die Ansprüche an gedankliche, inhaltliche, kommunikative, organisatorische Prägnanz sind enorm – nicht nur, weil der Umfang der Neuordnung, sondern auch, weil die Widerstände beträchtlich sind. Sollte es allerdings gelingen, an die auch in Großbritannien lauter werdende Kritik am Sparkurs der Regierung anzuknüpfen und zukünftig durchzusetzen, dass die Haushaltskonsolidierung weniger ein Spar- als ein Wachstumsproblem ist, wäre vielleicht ein erster Schritt getan.

3. Advokaten eines starken (Zentral-)Staates und einer traditionellen Sozialdemokratie

3.1 The Red Book

Clarke, Éoin / Gardner, Owen (Hrsg.): *The Red Book*, London 2011.

Abgerufen am 1. Juli 2012. Anders als Blue Labour und Compass sehen die bei Labour Left versammelten »ethischen Sozialisten« weniger die Notwendigkeit, ein neues Narrativ für Labour zu entwickeln, als die, das überkommene Narrativ des ethischen Sozialismus tatsächlich ernst zu nehmen. Das im November 2011 erschienene *Red Book*, mit dem sich die Gruppe klar von den anderen Gruppierungen abgrenzt, identifiziert Gleichheit, Umverteilung und Fairness als zentrale politische Werte und Aufgaben Labours, die nur mit einer grundsätzlichen Reform der Wirtschaft und von einem starken Staat zu erreichen sind beziehungsweise einen starken Staat notwendig machen. Das heißt im Umkehrschluss: Eine bessere Wirtschaft und eine bessere Gesellschaft werden

durch den Staat geschaffen, letztere ist, indem sie Politik und Staat neu legitimiert und neu ausrichtet, weniger Akteurin als Adressatin.

Aufgrund der klaren »ethisch-sozialistischen« Perspektive werden im *Red Book* Themen angesprochen, die in anderen Konzepten in den Hintergrund rücken – wie Probleme und Forderungen von Schwulen und Lesben, Fragen der Gleichstellung der Geschlechter und solche nach der Konzeption einer ethisch begründeten Außenpolitik. Wie schon angedeutet, macht diese Perspektive zudem eine umfassende Begründung überflüssig, warum und in welche Richtung der britische Kapitalismus reformiert werden muss. Dass auch die Wirtschaft nach außerhalb ihrer selbst liegenden Normen (einem »Sollen«) geordnet werden muss, ist für ethische Sozialisten kein Problem (sondern charakteristisch). Die entsprechenden Forderungen werden daher weniger auf eine breite qualitative Veränderungen betonende Analyse der gegenwärtigen Situation gestützt, sondern gleich in Form konkreter Fragestellungen angegangen. Dabei lassen sich inhaltlich, zumindest was die Richtung angeht, Gemeinsamkeiten mit anderen Flügeln erkennen. Wie bei Compass wird ein klarer Bruch mit der Austeritätspolitik gefordert, werden ein Grüner Wirtschaftsombau (gerade dieser wird ganz detailliert und ambitioniert entwickelt), eine Re-Industrialisierung, eine aktive Industriepolitik, fairere Arbeitszeiten und der soziale Wohnungsbau als zentrale Handlungsfelder benannt. Als Partner bei der Durchsetzung eines solchen Wirtschaftsombaus werden wie andernorts auch die Co-operative Party und das Co-operative Movement genannt. Allerdings setzt das *Red Book* auch eigene Akzente: Die private Verschuldung, genauer: die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung, wird eigens thematisiert. Vor allem aber wird die Bedeutung eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes und einer robusten öffentlichen Infrastruktur als Grundlagen einer funktionierenden und innovativen Wirtschaft explizit betont. Direkt und positiv auf den Staat nehmen auch die Vorschläge für ein transparenteres und progressives Steuersystem Bezug, wenn sie Labour auffordern, die Besteuerung durch den Staat offensiv zu vertreten.

Deutliche Unterschiede zu anderen Flügeln sind auch zu erkennen, wenn es im *Red Book* um die politische Positionierung Labours geht, genauer: um die Frage, welche Wählerschicht(en) mit welchen Botschaften angesprochen werden soll(en). Zwar fordern sowohl Labour Left als auch Blue Labour ganz klar, sich wieder auf die

Kernwählerschaft, die Arbeiterschaft, zu konzentrieren. Diese Arbeiterklasse wird aber nicht ideell definiert, sondern – unter Berufung auf Marx und Gramsci – ganz materialistisch: Entscheidend seien nicht subjektive Werthaltungen und eigene Identitätszuschreibungen. Entscheidend sei die objektive Stellung im Konflikt von Arbeit und Kapital. Damit steht Labour Left gegen die plural-individualistischen Ansätze bei Compass und Blue Labour – und natürlich gegen den individualistischen, marktzentrierten und auf die gesellschaftliche Mitte zielenden Ansatz New Labours. Die Definition der Arbeiterklasse hat zudem Konsequenzen für die politische Positionierung Labours. In einigen konkreten Fragen, etwa wenn Labour Left herausgestellt sehen möchte, wie der Austeritätskurs einseitige Klasseninteressen bedient, die *working poor* angesprochen und den *living wage* ins Zentrum gerückt wissen will, gibt es vielleicht sogar Gemeinsamkeiten mit anderen Flügeln. Der übergeordnete Zusammenhang, in dem diese Forderungen bei Labour Left stehen, dürfte dagegen weit weniger konsensual – und ein echtes Alleinstellungsmerkmal der Gruppe – sein. Denn die objektiven Klassegegensätze trennen für Labour Left nicht nur Arbeiter und Kapital, sie liegen auch allen entscheidenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Konflikten zugrunde. Und genau das gilt es mit den zitierten Forderungen herauszustellen. Labours politische Aufgabe bestehe also darin, aus der »Klasse an sich« eine »Klasse für sich« zu machen. Anstatt also angeblichen Klassenidentitäten Raum zu geben, müsse Labour diese überhaupt herstellen. Anstatt beispielsweise einen härteren Kurs in Kriminalitäts- und Einwanderungsfragen zu fahren, müsse Labour den in (und mit) den Konflikten um Immigration und Kriminalität verschleierte Klassen Gegensatz herausarbeiten und thematisieren.

Insgesamt beeindruckt das *Red Book* durch ein enormes praktisches und theoretisches Wissen. Anders als Publikationen anderer Flügel, die ganz gezielt und bewusst zur Diskussion gestellt wurden und werden, hat das *Red Book* aber kein wahrnehmbares Echo produziert. Labour Left scheint inner- wie außerparteilich kaum eine erkennbare Rolle zu spielen, obwohl die zahlreichen Überschneidungen, die es mit anderen linken Parteiflügeln gibt, Möglichkeiten böten, um in innerparteiliche oder öffentliche Diskussionen einzutreten oder Allianzen zu bilden.

3.2 Klassische Sozialdemokratie: Roy Hattersley und Kevin Hickson

Hattersley, Roy / Hickson, Kevin: In Praise of Social Democracy, in: *The Political Quarterly*, Vol. 83, Nr. 1.

Hickson, Kevin / Redford, Pete: Labour must be more ideological to win the next election, in: *Fabian Review* vom 1. Mai 2012.

Kritik:

Diamond, Patrick / Stears, Marc / Plant, Raymond / Walker, David, jeweils: Response to Roy Hattersley and Kevin Hickson, in: *The Political Quarterly*, Vol. 83, Nr. 1.

Miliband, David: Time to rethink, not reassure, in: *New Statesman* vom 2. Februar 2012.

Auch für Roy Hattersley, ein »politisches Urgestein« Labours (er war unter anderem von 1983 bis 1992 Stellvertretender Parteivorsitzender) und Kevin Hickson von der Universität Liverpool ist klar, dass Labour weder ein neues Narrativ noch irgendeine Form von Staatsdistanz braucht – im Gegenteil. Die Krise beweise, dass die Werte und Wege der klassischen Sozialdemokratie die richtigen seien. Kevin Hickson plädiert daher ganz explizit für eine »ideologischere« Positionierung Labours.

Der bereits Ende 2011 veröffentlichte Beitrag in *The Political Quarterly* ist vielschichtig: Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus (Friedrich August von Hayek) und New Labour sowie eine elementare Kritik an Blue Labour bilden die Folie für eine prägnante Zusammenfassung und luzide Begründung »klassischer« sozialdemokratischer Ansätze. Die Kernbotschaft ist, dass Labour Vertrauen in jene Werte haben sollte, die Labour als politische Partei definieren: in die Ziele von mehr Gleichheit und mehr Freiheit. Den Vorwurf der Rückwärtsgewandtheit vorwegnehmend, wird darauf hingewiesen, dass die Krise die Plausibilität der Argumente für die Sozialdemokratie neu begründe – deren Ursache liege schließlich in mangelhafter Regulierung.

Statt weniger Staat sei also mehr Staat notwendig. Dazu solle sich Labour energisch und offensiv bekennen. Der Staat sei die entscheidende Kraft für die Schaffung einer besseren – nicht einer größeren – Gesellschaft: Nur er könne existenzielle Probleme lösen und beispielsweise Banken re-regulieren. Und er könne andere wichtige Aufgaben in einer fairen Art und Weise lösen und beispielsweise mehr Gleichheit herstellen. Dagegen akzeptiere der

extreme *localism* Blue Labours regionale Unterschiede in Gesundheits- und Sozialfürsorge – oder rechtfertige sie sogar – und begreife das lokale Gemeinwesen unzulässigerweise als einen Wert an sich.

Der Staat sei insbesondere der Garant für reale Freiheit, für (positive) Rechte (also Teilhabe- und Leistungsrechte) und für soziale Gerechtigkeit. Letztere wird ganz eindeutig moralisch pluralistisch (also gerade nicht an Leistung und/oder Verdienst orientiert) und »umverteilend« definiert. Als solche sei sie gegen Neoliberale erkämpft worden. Entgegen allen Behauptungen von New und Blue Labour sei soziale Gerechtigkeit durchaus nicht abstrakt und damit »unverkäuflich«, sondern im Gegenteil hochaktuell, was sich in den populären und von vielen Seiten erhobenen Forderungen nach einer höheren Besteuerung wohlhabenderer Teile der Gesellschaft widerspiegele. Der Staat sei überdies Garant für mehr Gleichheit, die moralisch und ökonomisch notwendig sei und von Labour ins Zentrum gerückt werden solle.

Die Beiträge von Roy Hattersley und Kevin Hickson, die sicher für Teile der »alten Labour-Partei« stehen, haben ein reges Echo provoziert und viele Angehörige anderer Flügel, darunter auch David Miliband, zu Erwidern veranlasst. Trotzdem ist nicht anzunehmen, dass sich die beiden Autoren mit ihrer Position innerhalb Labours durchsetzen werden. Sie treiben die Diskussion um die Neuaufstellung Labours aber allein durch das Niveau ihrer Beiträge voran – durch klare Positionierung bieten die Beiträge Reibungsfläche, verlangen den Entgegnungen ein ähnliches Niveau an Prägnanz und Kohärenz ab und zwingen so andere zu Präzisierungen ihrer Positionen.

4. Die Bedeutung des Marktes und die Zwänge der Finanzen

4.1 Purple Labour: Neuformulierung des Dritten Weges

Philpot, Robert (Hrsg.): *The Purple Book. A progressive Future of Labour*, London 2011.

Byrne MP, Liam: *The new centre-ground, how can progressives win a new majority*, (progress), Februar 2012.

Die durch die Wahlniederlage und die anschließende Diskussion unter Druck geratenen Verfechter des Dritten Weges (die Blairites), die sich im Thinktank Progress

sammeln, sind nach wie vor eine politische Kraft. Mit dem Sammelband *Purple Labour* haben sie sich im letzten Jahr zurückgemeldet. Die einzelnen Beiträge in *Purple Labour* (größtenteils von Parlamentsangehörigen, ehemaligen Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern des Schattenkabinetts) lassen sich trotz der energischen, theoretischen und rhetorischen Bemühungen des Herausgebers nicht zu einem umfassenden Narrativ verdichten. Trotzdem wird klar, dass die grundsätzliche Orientierung auf den Markt und die Marktkräfte nicht infrage gestellt werden soll, beide aber anders mit Staat und Gesellschaft verzahnt werden sollen: Mehr Staat oder mehr staatliche Intervention wird für die Wirtschaft, tendenziell weniger Staat beziehungsweise mehr Gesellschaft bei Sozialleistungen gefordert.

Generell lässt sich zunächst feststellen: Die Beiträge des Sammelbandes ziehen eine Bilanz des Dritten Weges. Obwohl die Frage, inwieweit und worin im Einzelnen er erfolgreich war, durchaus unterschiedlich beantwortet wird, herrscht doch weitgehende Übereinstimmung, dass er vielleicht zwar modifiziert, aber nicht gänzlich verlassen werden soll. Ein Revival von Alt-Labour-Positionen, die einen starken Staat fordern und diesen gegen den Markt stellen, gelte es jedenfalls – das ist der zweite wichtige Punkt – zu verhindern. Zum dritten ist der Band eine Auseinandersetzung mit der und eine Antwort auf die Kritik am Dritten Weg, die zum Zeitpunkt seines Erscheinens am prägnantesten und vernehmlichsten von Blue Labour vorgetragen wurde. Dabei reicht die Spannbreite von einer expliziten und offensiven Zurückweisung Blue Labours bis zu Stimmen, die solcher Kritik eine gewisse Berechtigung zugestehen und versuchen, Elemente von Blue Labour zu übernehmen. Diese Elemente werden allerdings so rezipiert und implementiert, dass sie die wichtigsten Positionen und Errungenschaften New Labours absichern und zugleich dem befürchteten Revival von Alt-Labour-Positionen vorbeugen, wie den grundsätzlichen Anspruch Blue Labours beschneiden, New Labour abzulösen und das den Dritten Weg ersetzende Narrativ zu bilden. Ihre Adaption beweist und gewährleistet vielmehr, dass viele der konzidierten Fehlentwicklungen innerhalb des Dritten Weges korrigierbar sind, er also nicht verlassen werden muss.

Dass dabei zentrale Ansätze und Ideen Blue Labours verändert – aus der Sicht der Autoren des *Purple Book* wahrscheinlich »politikauglich« gemacht, aus der Sicht von Blue Labour-Vertretern wohl eher deformiert – werden,

zeigt ein Beispiel: Die von Blue Labour zugespitzte Technokratie-Kritik wird nahezu einmütig zumindest teilweise als berechtigt erachtet. Die Notwendigkeit, die unteren Ebenen, insbesondere die Kommunen zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher einzubinden, wird daher von vielen Autoren erläutert, konkretisiert und neu begründet. Sie weisen darauf hin, dass solche institutionellen Regelungen von (konservativen) Regierungen weit weniger leicht rückgängig gemacht werden können als etwa universale (Sozial-)Leistungen. Die Dezentralisierung erscheint dabei allerdings tendenziell weniger als ein Weg, staatliches und politisches Handeln grundsätzlich auf neue Füße zu stellen – und damit zu verändern –, sondern als Mittel, um seine Effizienz und Nachhaltigkeit zu steigern. Damit wird ein zentraler Ansatz von Blue Labour letztlich auf die Frage von Organisation(-sebenen) von Politik beschränkt und so »entschärft«.

Gerade in den Beiträgen, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen, wird deutlich, dass für *Purple Labour* der Dritte Weg nach wie vor aktuell ist. Ansätze, etwa grundsätzlich nach der Natur von Märkten und Kapitalismus zu fragen, werden allenfalls angedacht und bleiben vage. Je konkreter die Aussagen zum Komplex Wirtschaft und Gesellschaft werden, desto *new labour*-mäßiger werden sie auch: Die zentrale Annahme des Dritten Weges, dass (freie) Märkte soziale Gerechtigkeit (verstanden als Chancengerechtigkeit) ermöglichen, müsse vielleicht neu begründet (etwa aus einem positiven Freiheitsbegriff heraus) oder neu akzentuiert werden (etwa indem die Notwendigkeit betont wird, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zu und Bewegungsfreiheit in den Märkten haben müssen). Sie sei aber keineswegs obsolet, Labour solle sie vielmehr auch weiterhin als Grundlage seiner politischen Ziele begreifen – und mit den politischen Gegnern in einen Wettbewerb darum eintreten, wer die Märkte fairer und effizienter organisieren kann.

Neujustierungen sind allerdings notwendig. Weil der Glaube New Labours, zyklische Schwankungen in der Nachfrage beseitigt und ein krisenfestes Modell entwickelt zu haben, eingestandenermaßen naiv gewesen sei, müssen – wenigstens in der Krise – Staat und Politik anders als bisher aktiv werden und helfen, die Wirtschaft anders zu organisieren und regional wie sektoral auf ein breiteres Fundament zu stellen. Auch das *Purple Book* plädiert demzufolge für eine aktive(re) Industrie- und Wirtschaftspolitik und teilt – und präzisiert – die Forderung nach mehr genossenschaftlichen und solidarischen Un-

ternehmen und Strukturen: Schwierigkeiten in der Realisierung (etwa die Konkurrenzfähigkeit genossenschaftlicher Unternehmen) werden gesehen und Möglichkeiten aufgezeigt, diese zu überwinden (beispielsweise durch steuer- und arbeitsrechtliche Neuregelungen). Reformen, die in die Selbstorganisation der Wirtschaft eingreifen, werden demgegenüber sehr viel weniger diskutiert: Re-Regulierungen werden zwar nicht ausdrücklich und insgesamt verworfen, aber auch kaum konkretisiert und generell – jedenfalls was ihre Durchsetzung und Wirksamkeit angeht – eher skeptisch betrachtet.

Als zentrale Themen, die exemplarisch demonstrieren, dass sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Gesichtspunkte zusammengehören (und zudem nicht an einer einzelnen »Klasse« ansetzen), werden *child care* und *social care/care for elderly people* identifiziert: *child care* hilft Frauen und Familien (mehr mütterliche Erwerbstätigkeit erhöht das Familieneinkommen), dem Staat (durch Einsparungen in den Sozialsystemen als auch durch mehr Steuereinnahmen) und dem Arbeitsmarkt (Fachkräfteangebot). Ähnlich sieht es bei der Fürsorge für ältere Menschen aus: Präventive Maßnahmen entlasten auch das Gesundheitssystem, den Nationalen Gesundheitsdienst, National Health Service (NHS).

In diesem Jahr hat der Schattenminister für *work and pensions* und bisheriger Koordinator des Programmprozesses, Liam Byrne, ein kurzes Positionspapier veröffentlicht: *The new centre-ground*. Anders als das *Purple Book* bietet es ein einheitliches Konzept, das viele der bis dahin diskutierten Themen und Ansätze strukturiert und konkretisiert – und damit sehr klar den Anspruch der Blairites formuliert, bei der Diskussion um das Ob und Wie der Neuaufstellung der Labour-Party mitzureden. Geklärt werden insbesondere die Fragen, womit und wie New Labour zu den gegenwärtigen Problemen Großbritanniens beigetragen hat, wie der Dritte Weg daher zu modifizieren, aber grundsätzlich beizubehalten ist.

Im Einzelnen führt Byrne aus: Die zentralen Annahmen des Dritten Weges, dass ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit sich nicht widersprechen und dass Wahlen in der Mitte gewonnen werden, gelten weiterhin. Sie müssen allerdings anders als unter der letzten Labour-Regierung konkretisiert werden, da der Dritte Weg selbst dazu beigetragen hat, dass sich die Bedingungen fundamental geändert haben. Er war nicht nur nicht krisenresistent, sondern krisenbefördernd und hat

konkret die Blasen mit zu verantworten, durch deren Platzen nun die Lebensstandards weiter Bevölkerungskreise unter Druck geraten sind. Die starke Zuwanderung und die technokratische Politikausübung haben zudem die *old solidarities* so strapaziert, dass sich Identitätsfragen mit neuer Dringlichkeit stellen.

Labour, so Byrne weiter, muss daher eine neue Koalition von Wählergruppen schmieden. Deren Kern sind aufstrebende Familien (*aspirational*) der Arbeiter- wie der Mittelklasse, die zentrale Botschaft lautet *equality of opportunity and responsibility*. Fünf Handlungsfelder beziehungsweise -ansätze seien dabei zentral:

1. Ein fiskalischer Realismus: Kurzfristig Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung sollen aufgelegt werden, auf mittlere und lange Sicht aber das Haushaltsdefizit reduziert werden.
2. Ein *new bargain with business*: Investitionen in Infrastruktur, Bankenreform, eine aktive Industriepolitik, die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft, eine Ausrichtung auf kleine, innovative Unternehmen, eine bessere Balance der Sektoren und langfristig eine bessere *corporate governance* in den Vorständen.
3. Im Sozialbereich sollen »kostenneutrale« Ansätze vorherrschend sein: Priorität haben Pre-Distribution, *social investment* und Reziprozität. Maßnahmen, die die Familien und Erwerbstätige in den Vordergrund rücken (Mindestlohn, *family care*, Entgeltgleichheit) sollen im Zentrum stehen, neuen Rechten auf Arbeit neue Verpflichtungen zur Arbeit zur Seite gestellt werden, mehr Steuergerechtigkeit soll erreicht werden.
4. *Civil society*: Die zwischenmenschlichen Beziehungen sollen als großes Kapital begriffen und entsprechend gestärkt werden.
5. *Public services*: Diese sollen dezentralisiert werden und die Empfänger bzw. Beiträger mehr Rechte bekommen.

Eindeutiger als das *Purple Book* steht Liam Byrnes *The new centre-ground* in der Tradition New Labours – und belebt diese Tradition und ihren Gestaltungsanspruch damit wieder. Inhaltlich knüpft das Positionspapier an New Labour an, weil es zentrale Annahmen New Labours aufrechterhält. Es bleibt aber auch einige Antworten schuldig, etwa auf die Fragen, wie das Steuersystem konkret

umgebaut werden soll oder in welchem Verhältnis die kurzfristigen Wachstums- und Beschäftigungsprogramme und die Defizitreduktion stehen sollen. Auch sein Stil, der optimistische Ton, der klare politisch-strategische Ansatz, die Klarheit, mit der es die anzusprechende Wählerschaft benennt und die zentralen Themen und Botschaften identifiziert, stellt es in der Tradition New Labours. Ob das als eine Stärke oder Schwäche erscheint, hängt vom Standpunkt des Lesers und der Leserin ab.

4.2 Black Labour: Plädoyer für »Fiskalischen Konservatismus«

Cooke, Graeme / Lent, Adam / Painter, Anthony / Sen, Hopi: *In the black Labour. Why fiscal conservatism and social justice go hand-in-hand. A Discussion Paper*, London (policy network) 2011.

Kritik:

Lizoain, David: The Silliness of «In the black labour», in: *social europe journal* vom 6. Januar 2012.

Reed, Howard: »White Flag« *Labour? Fiscal Policy for the UK's next progressive Government*, London (compass) 2012.

Für eine rege Debatte sorgte im Dezember 2011 eine Gruppe von Autoren aus dem wissenschaftlichen, journalistischen und politischen Bereich. Mit ihrer Streitschrift *In the Black Labour* verlangen sie mehr Konservatismus von Labour – allerdings in fiskalischen Fragen. Labour soll sich danach zu einer soliden Haushaltsführung bekennen und diese auch programmatisch in den Mittelpunkt rücken. Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Gruppen wird hier also die finanziell-ökonomische Ebene als die entscheidende begriffen. Gerade die Einlassungen von Hopi Sen (2012) zeigen zudem, dass dieser Ansatz in Richtung einer politischen Gesamtstrategie weiterentwickelt werden kann, die durch eine realistisch-pragmatische Selbstbeschränkung von Staat und Politik verlorenes Vertrauen wiedergewinnen will.

Für ITBL, wie *In the Black Labour* kurz genannt wird, ist fiskalische Disziplin inhaltlich und programmatisch zentral: als Grundlage von Sicherheit und Stabilität, einer guten Wirtschaftspolitik und sozialer Gerechtigkeit – und als Voraussetzung für die Rückgewinnung der ökonomischen Glaubwürdigkeit. Mit kurzfristigen Maßnahmen gegen die Haushaltskrise, einer langfristigen Strategie, um nachhaltige öffentliche Finanzen zu sichern, und deren in-

stitutionelle Absicherung (etwa durch die Verpflichtung auf ausgeglichene Haushalte und die Ausweitung der Kompetenzen des Office for Budget Responsibility, OBR) sollen Wachstum und Innovation befördert und so die Lebensstandards im unteren und mittleren Einkommensbereich angehoben werden. Soziale Gerechtigkeit solle als Ziel beibehalten werden. Um es zu erreichen, müssen allerdings neue Mittel und Wege – und damit neue Konzepte für den Staat und staatliches Handeln – entwickelt und gegangen werden. Priorisierungen und institutionelle Reformen stehen für ITBL im Vordergrund, alle Ausgaben sind auf ihre Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung zu überprüfen. Radikalität wird insofern verlangt, als Labour Strategien entwickeln müsse, wie intelligent gespart werden kann, und darüber in die politische Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Gegnern eintreten müsse.

ITBL formuliert die Haltung zumindest eines Teils der Parteirechten und spitzt sie publikumswirksam zu. Das Papier erschien zu einem Zeitpunkt, als die harte Sparpolitik der Regierung Cameron noch weitgehend akzeptiert wurde. Es kann daher als Versuch verstanden werden, die Sparpolitik von links zu besetzen und Labour auf diese Weise zu positionieren. Dafür spricht (oder sprach) die tatsächliche Lage, wie sie sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung widerspiegelt: Die öffentlichen Haushalte sind unter Druck, der sich durch langfristige Trends wie die demografische Entwicklung zudem zu verstetigen oder sogar zu verstärken droht. Zudem halten viele Briten die Haushaltskonsolidierung für zentral und sind, obwohl die Koalitionsregierung zunehmend den Eindruck völliger Plan- und Kurslosigkeit erweckt, nicht sicher, ob sie Labour ihre Steuergelder anvertrauen wollen. Mit einem klaren Bekenntnis zu einer soliden Haushaltspolitik könnte Labour nicht nur den zentralen und im Wahlkampf so verhängnisvollen Vorwurf, verschwenderisch mit den Staatsfinanzen umgegangen zu sein, entkräften, sondern auch den durch ein zunehmend als chaotisch wahrgenommenes Regierungshandeln entstandenen politischen Raum besetzen und der Koalitionsregierung in »ihrem« Terrain das Wasser abgraben.

Darüber hinaus enthält der Ansatz den Kern einer »pragmatischen Gesamtstrategie« oder lässt sich zu einer solchen weiterentwickeln: Er knüpft explizit an die Gegenwart und an die Realität, in diesem Fall an die des Haushaltsdefizits, an und kann so als eigenständiger (oder -williger) Versuch gelesen werden, der weitverbreiteten

Forderung nachzukommen, die Politik (Labours) stärker in der (Erfahrungs-)Welt der »normalen« Menschen zu verankern. Gerade wenn – wie besonders von Hopi Sen – betont wird, dass sich die Vorschläge auch deshalb auf das Machbare, auf relativ kleine Schritte konzentrieren und von Forderungen nach grundsätzlichen Reformen des Kapitalismus absehen, weil schlicht keine Verbündete gesehen werden, mit denen sich die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nachhaltig erschüttern lassen, kann das Impulse für die Debatte geben (etwa um die »Gute Gesellschaft« von Compass) und einer (sonst von konservativer Seite geforderten) Selbstbeschränkung der Politik Vorschub leisten, der der auch in Großbritannien verbreiteten Skepsis gegenüber der Gestaltungsmacht von Staat und Politik Rechnung trägt.

Genau hier liegt in den Augen der zumeist »parteilinken« Kritiker allerdings auch das Problem. Ihnen zufolge folgt ITBL schlicht der konservativen/neoliberalen Agend, deren Versagen zudem gerade offensichtlich wird. Insbesondere torpediert ITBL alle Bemühungen namhafter Labour-Politiker (an erster Stelle die des Parteivorsitzenden Ed Miliband und die des Schatten-Schatzkanzlers Ed Balls), die ökonomische Unsinnigkeit eines strikten Sparkurses und die Notwendigkeit einer Wachstumspolitik in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Kurz: ITBL verunklart die ökonomische Botschaft Labours. Indem ITBL die Notwendigkeit der Sparpolitik nicht hinterfragt, wird die neoliberale Deutung gestützt, dass überbordende Staatsfinanzen das eigentliche und primäre Problem seien, und damit wird der tatsächlich notwendige analytische wie gestalterische Spielraum beschnitten: Mit einem solchen Ansatz kann weder die Haushaltskonsolidierung als Wachstumsproblem adressiert, noch können die Macht der Finanzindustrie oder Ungleichgewichte im Steuersystem thematisiert werden. Die Verpflichtung auf ausgeglichene Haushalte (*balanced budget rules*) wird zudem zyklischen Schwankungen nicht gerecht und befördert einen technokratischen Regierungsstil. Die Überprüfung aller Ausgaben allein hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung lässt qualitative Aspekte, insbesondere Fragen der Umwelt- und Verteilungsgerechtigkeit, außen vor. Einer Debatte um eine Reform der Wirtschaft (deren Notwendigkeit ITBL wie angedeutet anerkennt, aber nicht ausführt) und um eine mögliche Wachstumsstrategie und die dafür notwendigen Instrumente wird faktisch der Boden entzogen.

5. Für ein neues Verständnis von Politik durch Einsicht in fundamentale Veränderungen

5.1 New Thinking: IPPR

Cooke, Graeme: *Still Partying like it's 1995. How the Centre-Left can grasp the new sources of energy in society to transform politics*, (IPPR) September 2011.

Pearce, Nick: New times, new thinking, in: *New Statesman* vom 26. März 2012.

Seit der Wahlniederlage Labours im Jahr 2010 beschäftigt sich das Institute for Public Policy Research (IPPR), ein einflussreicher Thinktank, intensiv mit den tieferliegenden Prozessen und Faktoren, die Gesellschaft und Politik formen. Die so entstandenen Analysen der wirtschaftlichen, finanziellen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Großbritannien haben der Debatte um die Neuaufstellung Labours ein neues Fundament gegeben. Die vielerorts geäußerte Vermutung, dass sich das Großbritannien der Jahre 2011/12 fundamental von dem der 1990er Jahre unterscheidet, ist durch diese Analysen quasi empirisch belegt. Das versachlicht nicht nur die Debatte um die Regierungsbilanz von New Labour (einfach durch die Klarstellung, dass New Labour, unabhängig davon, wie es bewertet wird, heute nicht mehr aktuell ist), sondern präzisiert auch die Debatte um die Neuaufstellung (weil die Grundlagen sehr viel genauer bekannt sind): Die in den Analysen betonte Natur und Qualität der Veränderungen untermauert auch für das IPPR die Notwendigkeit der Sozialdemokratie, sich neu auszurichten – und steckt zugleich das Feld für diese Ausrichtung ab.

Als zentrale und prägende Trends werden durch die Recherchen des Instituts identifiziert: enorme Einkommensunterschiede (durch einen in Hoch- und Niedrigqualifizierte polarisierten Arbeitsmarkt, in dem die mittlere Ebene verschwindet); stagnierende Lebensstandards der Erwerbstätigen; eine Gesellschaft, die älter und zugleich sozial liberaler und kulturell konservativer wird; ein zunehmend volatiles Wählerverhalten und durch den technologischen Wandel entstandene neue Formen des bürgerschaftlichen und politischen Engagements.

Vor dem Hintergrund dieser Trends werden vom IPPR vier (miteinander verbundene) Handlungsfelder und -ansätze identifiziert, um die herum Labour sein neues politisches Projekt formen sollte: Erstens eine Reform des britischen

Kapitalismus in Richtung einer produktiveren und innovativeren Wirtschaft, die langfristig und auf Qualität sowie auf Pre- (und weniger auf Re-)Distribution ausgerichtet ist. Zentral sei hier eine überzeugende Strategie zur Steigerung der Reallöhne. Deren Eckpunkte könnten sein: Maximallöhne, Anhebung des *living wage*, die Gründung einer National Investment Bank (um Investitionen in Infrastruktur und in neuen Wirtschaftssektoren zu erreichen), Weiterbildung, eine aktive Industriepolitik und solidarische Eigentumsformen. Zweitens eine Neugestaltung der öffentlichen Sphäre (*public sphere*), die die klassischen Sozialleistungen, öffentliche Dienste und lokale Strukturen (*local government*) umfasst (und die vom Staat unterschieden wird). Sie sollte die wichtigsten Risiken und Bedürfnisse absichern und dabei grundsätzlich weniger auf Transferleistungen als auf Maßnahmen und vor allem auf Institutionen setzen, die Beschäftigung sichern und Ungleichheit der Lebenschancen reduzieren. Zentral seien *child and social care*, Steuerfreibeträge seien hingegen nachrangig. Effizienzsteigerungen gerade in den öffentlichen Diensten, Priorisierungen und mitunter harte Entscheidungen (etwa im Gesundheitsbereich) würden unumgänglich sein. Notwendig sei also eine andere Form der *statecraft*, aber auch der politischen Führung: Denn grundsätzlich müsse Labour drittens eine offenere, demokratischere und transparentere Politik entwickeln, die die Öffentlichkeit in breite gesellschaftliche Transformationsprozesse einbeziehe. Sie müsse multiple Koalitionen schmieden, verschiedene politische Traditionen und ein breiteres Set von Akteuren einbeziehen, also nicht mehr wie unter New Labour auf zentralistisches Mikro-Management und auf eine Addition einzelner Interessengruppen setzen. Um das zu erreichen, aber auch um Themen wie Kriminalität, Sozialstaatlichkeit (*welfare*) und Immigration glaubwürdiger ansprechen zu können, müssten viertens kulturelle Fragen und Identitätsfragen ernster genommen und dort, wo sie mit eigenen Zielen kompatibel sind, auch gefördert werden. Verantwortung, Reziprozität, Wertschätzung harter Arbeit, (familiäre) Beziehungen, Patriotismus, lokale Verwurzelung seien politisch wichtig und stünden im Einklang mit sozialdemokratischen Werten.

Zugespitzt wurde diese Analyse in jüngster Zeit noch einmal durch Nick Pearce, den Direktor des IPPR. Wie andere Gruppierungen hält auch er eine grundsätzliche Neuerfindung der Sozialdemokratie für absolut notwendig. Weil diese Neuerfindung aber »im Zeitalter« und »im Zeichen« der Austerität stattfinden müsse, sei sie zugleich extrem schwierig. Pearce führt aus, dass das durch eine volatile

steuerliche Grundlage existierende strukturelle Defizit (und seine Bekämpfung durch eine glaubwürdige Strategie), die demografische Entwicklung und eine (auch) konservativer werdende Gesellschaft die *tax and spend*-Strategie und damit die Identität der Sozialdemokratie (in Großbritannien wie in Europa) grundsätzlich auf die Probe stellen. Zusammengefasst zwingen diese Tendenzen zu einer Neuausrichtung, die sozialdemokratische Gewissheiten erschüttert und gleichzeitig viele der in der aktuellen Debatte flügelübergreifend erhobenen und mit sozialdemokratischen Zielen gut zu vereinbarenden Forderungen infrage stellt. Das betrifft nicht nur einzelne Themen – etwa die Fragen, in welchem Rahmen eine Re-Industrialisierung praktisch möglich ist, welche Reichweite pre-distributive Ansätze beispielsweise angesichts des beschränkten gewerkschaftlichen Organisationsgrades haben können und ob die populäre Forderung nach einer höheren Besteuerung etwa von Bankern angesichts der Notwendigkeit, die Steuerbasis auszuweiten und eine verlässliche Einnahmehasis zu schaffen, angebracht ist. Sondern die Analyse wirft auch grundsätzliche Fragen auf, wie die, ob Vollbeschäftigung in fortgeschrittenen Ökonomien ohne den Preis eines Niedriglohnssektors zu haben ist und ob soziale Gerechtigkeit angesichts der Notwendigkeit, breite gesellschaftliche Koalitionen zu schmieden, noch ein übergreifendes Ziel sein kann. Gerade solche Einlassungen, die empirisch fundiert nach dem Realitätsgehalt vieler in der Diskussion vorgebrachter Vorschläge fragen, können die Debatte weiterführen und präzisieren.

5.2 »After the third way«

Taylor-Gooby, Peter: *A left trilemma. Progressive public policy in the age of austerity*, London (policy network) 2012.

Cramme, Olaf/Diamond, Patrick (Hrsg.): *After the third way. The Future of Social Democracy in Europe*, London (I.B. Tauris) 2012.

Ähnlich wie für das IPPR steht auch für viele der bei Policy Network, dem international und global ausgerichteten Thinktank der Blairites, veröffentlichten Papiere eine intensive Analyse am Anfang. Diese kommt zu dem Schluss, dass sich die Situation der Sozialdemokratie fundamental verändert habe, also ganz neue Antworten notwendig seien. Die Frage, warum die Linke eigentlich so viel mehr Probleme hat, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren als die Rechte, ist der Ausgangspunkt, um die

Situation Labours und der Sozialdemokratie, Großbritanniens und Europas sehr genau zu betrachten. Sie führt zu der Frage, wie Sozialstaatlichkeit und mehr Gleichheit unter veränderten Bedingungen (in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft/Kultur) gedacht und durchgesetzt werden können. Und sie führt zu einer Antwort, die darauf hinausläuft, dass es weniger um die Formung einer anderen Gesellschaft als um die Entwicklung eines neuen staatlichen und politischen Instrumentariums gehen muss, um neue *governing strategies*, mit der kollektive Macht lokal, national und global ausgeübt werden kann.

Den Anfang machte Peter Taylor-Gooby (Professor an der University of Kent's School of Social Policy, Sociology and Social Research). Seiner Diagnose zufolge steht die Linke vor einem »Trilemma«: Die aktuelle wirtschaftliche Situation, die demografische Entwicklung und geringe Produktivitätszuwächse im öffentlichen Sektor engen die finanziellen Spielräume jetzt und zukünftig ein. Die öffentliche Meinung werde in Teilen konservativer, sie lehne Steuererhöhungen (außer für die »Superreichen«) ab und unterscheide zunehmend zwischen legitimen und illegitimen Empfängern von Sozialleistungen (*deserving / undeserving*). Beides zusammen lasse die Basis für eine generöse und inklusive (also fortschrittliche) Politik erodieren und erschwere insbesondere eine umverteilende und egalitäre Politik, erschüttere das Selbstverständnis der Linken und führe zu internen Richtungskonflikten.

Der Studie von Peter Taylor-Gooby *A left trilemma. Progressive public policy in the age of austerity* zugrundeliegende Ansatz einer genauen Analyse der die Gegenwart prägenden Tendenzen und Momente folgt auch der im Mai 2012 erschienene und von Olaf Cramme, dem Direktor von Policy Network und Patrick Diamond, Senior Research Fellow, Nuffield College, University of Oxford herausgegebene Sammelband *After the Third Way*. Er nimmt aber eine weitere, über Großbritannien hinausreichende Perspektive ein: Nicht nur Labour steht danach vor existenziellen Herausforderungen, sondern die europäische Sozialdemokratie insgesamt. Die Probleme, die zur Krise Labours und der Sozialdemokratie geführt haben, seien demnach auch nicht spezifisch britischer, sondern allgemeiner Natur (wenn vielleicht auch in Großbritannien besonders ausgeprägt). Grundlegende Veränderungen in drei zentralen Bereichen fordern Selbstverständnis, Inhalte und Techniken der Sozialdemokratie heraus: Die Veränderungen des Kapitalismus stellen traditionelle sozialdemokratische Handlungsmuster, die

Orientierung auf Institutionen, die die Bürger vor Auswirkungen der Marktwirtschaft abschirmten und diese Marktwirtschaft formten, infrage. Veränderungen in der Natur und Form des Staats (Technokratisierung und Bürokratisierung) haben die repräsentative und partizipatorische Demokratie unterhöhlt und wenigstens in Teilen delegitimiert. Schließlich sei eine neue Qualität kultureller *cleavages* (die sich um ethnische Heterogenität, Freizügigkeit und Einwanderung, politisierte Religionen ranken) zu beobachten, die traditionelle Identitäten und Solidaritäten infrage stellen und insbesondere kommunitaristische und kosmopolitische Orientierungen in Konflikt bringen.

Diese Analyse führt zu dem Schluss, dass mit der Zivilgesellschaft elektorale Allianzen geschmiedet werden müssen, mit denen ein Gegengewicht zu einem verfestigten Neoliberalismus (dem es gelungen ist, die Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise umzudeuten) geschaffen werden kann und muss. Eine Wiederbelebung nationalstaatlicher Sozialdemokratie werde dabei aber weder ausreichend noch zielführend sein. Die beschriebenen Entwicklungen führten zusammengefasst vielmehr dazu, dass sowohl der Dritte Weg als auch sämtliche revisionistischen Ansätze obsolet seien – unter letztere scheinen dabei alle Konzepte zu fallen, die sich wie Blue Labour und Compass primär auf die Gesellschaft oder wie Labour Left und die »klassische Sozialdemokratie« primär auf den Staat fokussieren. In klarer Abgrenzung zu diesen Ansätzen wird ein Modell entworfen, das sich auf Wege und Instrumente konzentriert. Etwas flapsig formuliert ist weniger das »Was« als das »Wie« entscheidend, genauer soll von dem »Wie« auf das »Was« geschlossen werden. Entscheidend für eine – angesichts der neuartigen Herausforderungen notwendige – qualitative Weiterentwicklung der Sozialdemokratie sei weniger die Suche nach einem neuen Narrativ, sondern die Entwicklung neuer *governing strategies*, mit denen sich die sozialdemokratischen Werte und Ziele unter den neuen Bedingungen erreichen lassen.

Der Ansatz, den Weg, der zum Ziel führen soll, in den Mittelpunkt zu rücken, ist sicherlich interessant. Er ist weniger selbstbeschränkend-pragmatisch als der von *In the Black Labour* und setzt an einem Punkt an, an dem umfassende Reformvorschläge wie das Good-Society-Projekt vielleicht noch konkretisierungsbedürftig sind. Schon von daher kann *After the third way* die Debatte sicherlich bereichern. Kritisch wird allerdings eingewandt, dass eine Neuausrichtung Labours, die sich auf *governing strategies* konzentriert, eigentlich nur in der Regierungsverantwortung

tung denkbar sei. Zu fragen bleibt daher, ob der Ansatz einer breiteren Öffentlichkeit vermittelbar ist oder ob er sich nicht vor allem an politische Profis richtet. Wie die Antwort darauf ausfällt, hängt sicher auch davon ab, ob es gelingt, die *governing strategies*, die für einzelne Bereiche entwickelt werden, in ein kohärentes politisches Programm und in eine umfassende politische Strategie zu gießen.

6. Zusammenfassung

Die Debatte über die Neuausrichtung der britischen Labour-Partei beeindruckt durch ihre Lebendigkeit, ihre anspruchsvolle Vielfalt und Tiefe. Vieles, was die europäischen sozialdemokratischen Parteien beschäftigt, wird in Großbritannien in exemplarischer oder zugespitzter Weise diskutiert.

Auffallend – und erstaunlich – ist dabei die »Gleichheit im Ungleichen« – oder die »Ungleichheit im Gleichen«. Denn zwischen den einzelnen Gruppierungen und Flügeln gibt es starke Gemeinsamkeiten – von zentralen Zielen über Ansätze in einzelnen Politikfeldern bis hin zu konkreten Forderungen. Alle Konzepte beleuchten das Verhältnis von Markt, Staat, Gesellschaft und Politik und diskutieren Chancen und Ausrichtung einer Neubestimmung. Leitend ist dabei der Bruch mit dem als zu zentralistisch und zu technokratisch empfundenen Politik- und Regierungsstil New Labours, der fast durchgängig und mehr oder weniger explizit angemahnt wird.

Die Überzeugung, dass es notwendig ist, eine Politik zu konturieren, die »näher bei den Menschen ist«, scheint an der Spitze wie an der Basis der britischen Labour-Partei Platz gegriffen zu haben. Die beispielsweise von Ed Miliband immer wieder in den Vordergrund gerückte *squeezed middle* ist der Versuch, eine Erzählung und eine Strategie zu entwickeln, die gesamtgesellschaftlich ausgerichtet ist und die Menschen in ihrer Eigenschaft als gesellschaftliche Wesen – als Angehörige von Familien, als Staatsbürger oder als Erwerbstätige – gemeinsam anspricht. Das ist der Gegenentwurf zu dem Ansatz New Labours, verschiedene Gruppen durch gezielte Ansprachen (und Versprechungen) quasi zu einer elektoralen Koalition »aufzuaddieren« – und die Reaktion darauf, dass diese Strategie zwar eine beeindruckend weite, aber auch extrem fragile elektorale Basis geschaffen hat.

Fast einhellig werden auch die Forderungen nach Dezentralisierung, nach mehr Kompetenzen für die Gemeinden, Städte und Grafschaften, nach mehr Selbstverwaltung und -verantwortung erhoben. Eine Revitalisierung der Demokratie auf kommunaler Ebene entspricht nicht nur dem vielfach geforderten (und mitunter detailliert entwickelten) Politikverständnis, das mehr auf Auseinandersetzung als auf Steuerung ausgerichtet ist. Sie ist auch deshalb wichtig, weil sie die Chance bietet, eine drohende regionale Spaltung zu verhindern. Sie könnte Nordengland, das zwischen dem ökonomisch und politisch übermächtigen London und einem institutionell und politisch zunehmend selbständigeren Schottland »eingeklemmt« ist, neue Perspektiven eröffnen und gleichzeitig die Entwicklung einer eigenen südenglischen Identität, die sich um die antieuropäische UKIP konzentriert, stoppen. Die Ausbildung einer englischen Identität (und ihre Übersetzung in politische Strukturen), um die es in der aktuellen und stark von Ed Miliband betriebenen Debatte um *englishness* geht, sei daher, wie besonders Nick Pearce vom IPPR betont, Aufgabe – und Chance Labours – als der einzigen »wirklich nationalen Partei«. Umstritten ist allerdings, ob die lokale Ebene im Vordergrund stehen soll oder ob und wie die nationale und vor allen Dingen die europäische Ebene stärker berücksichtigt werden sollen.

Weitgehend übereinstimmend wird auch eine Reform der britischen Wirtschaft verlangt, die wieder stärker an die Gesellschaft, an deren Werte und Bedürfnisse angekoppelt werden soll, und die von Ed Miliband als *responsible capitalism* bezeichnet wird. Nahezu einhellig wird gefordert, genossenschaftliche und solidarische Elemente (wieder) zu stärken. (Hier kann die Labour-Partei mit dem *Co-operative Movement* beziehungsweise der *Co-operative Party* auf eigene Wurzeln zurückgreifen.) Dabei bieten oftmals deutsche Strukturen Orientierungspunkte: Eine breiter aufgestellte und eine insgesamt koordiniertere Wirtschaft, eine aktive Industriepolitik, ein regionalisiertes Bankenwesen, eine staatliche Investitionsbank (nach dem Vorbild der KfW), eine stärkere Orientierung hin auf Langfristigkeit, Sozialpartnerschaftlichkeit und der Stellenwert von betrieblicher Aus- (und Weiter-)Bildung werden immer wieder genannt, wenn es um eine Reform der britischen Ökonomie geht. Aus deutscher sozialdemokratischer Sicht ist diese Diskussion (die schon zu dem Begriff »Neue Labour« geführt hat) vielleicht besonders interessant, zeigt sie doch, dass es sich lohnen könnte, die Bedeutung der vielfach durch Sozialdemokraten geprägten »sozialen« Ausrichtung der

Marktwirtschaft offensiver und aktiver zu betonen – in der innerdeutschen Debatte, aber auch wenn es darum geht, die Gründe für den (jedenfalls derzeitigen) Erfolg des »deutschen Modells« im internationalen Vergleich zu analysieren.

In der britischen Debatte gibt es allerdings, besonders bei wirtschaftlichen Fragen, auch deutliche Unterschiede. Sie bestehen zum einen in den Fragen, ob eine stärkere staatliche Lenkung nur in Krisenzeiten oder auch darüber hinaus stattfinden soll und wie stark re-reguliert werden soll. Sie bestehen auch in der Frage, wie »grün« dieser Umbau sein soll – und wie weit er gehen soll. Hier stehen Ansätze, die das New-Labour-Modell modifizieren oder korrigieren, im Kern aber bewahren wollen, solchen gegenüber, die eine neue politische Ökonomie fordern und formulieren. Sie bestehen schließlich in der Frage, wie dieser Umbau »etikettiert« werden soll, ob er also in einen pragmatischer oder in einen visionären Politikentwurf eingebettet werden soll.

Geringere Übereinstimmung gibt es auch darüber, inwieweit mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auch in der Sozialpolitik verankert und konkretisiert werden sollen. Ansätze, die auf Reziprozität setzen, Sozialleistungen stärker an Leistung und/oder Verdienst koppeln wollen, konkurrieren mit solchen, die auf die Herstellung von Gleichheit und/oder auf Inklusion setzen. Die erstgenannten haben dabei den Vorteil »kostenneutral« zu sein. Noch nicht abzusehen ist, ob es gelingt, die Ansätze sinnvoll zu verbinden.

Starke Unterschiede existieren auch in Bezug auf die »Identitätsfragen«. Bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung, dass Labour ihnen mit mehr Ernsthaftigkeit begegnen muss, ist zu klären, was das genau bedeuten soll, ob es regressiv konkretisiert wird (und etwa zu einer letztlich härteren Linie in Immigrationsfragen und in der Kriminalitätsbekämpfung führt) oder ob progressive Formen denkbar sind.

Die gerade benannten Unterschiede zwischen den einzelnen Konzepten und Vorschlägen sind nicht marginal. Sie reflektieren – oder markieren – vielmehr die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Flügeln und Richtungen innerhalb der Partei. Zwar kreisen die einzelnen Konzepte alle – wie gesagt – um das Verhältnis von Markt, Gesellschaft, Staat und Politik. Diese Faktoren werden aber unterschiedlich gewichtet, »gruppiert« und zudem

entweder in einen visionären oder in einen pragmatischen Gesamtansatz eingeordnet. Das lässt sich vielleicht am besten anhand der Zivilgesellschaft oder der Bedeutung der öffentlichen Sphäre illustrieren, deren Bedeutung ja nahezu durchgängig betont wird. Für Blue Labour ist die Sache klar, sie ist der eigentliche Ort und Hort der Politik, sie determiniert den Rahmen und die Ausrichtung des staatlichen Handelns. Für »rechtere« Gruppen scheint eher zentral zu sein, dass die Zivilgesellschaft die notwendigen einschneidenden Maßnahmen (vor allem Kürzungen und Priorisierungen im Sozialbereich) zum Teil kompensieren, vor allen Dingen aber legitimieren kann und muss. Für »linkere« Gruppen scheint eher die Vorstellung leitend zu sein, dass die Zivilgesellschaft Verbündeter und vielleicht Motor einer etwas radikaleren und konfrontativeren Politik (etwa gegen die großen Konzerne und ihre (Markt-)Macht) sein kann – und damit politisches und staatliches Handeln insgesamt anders auszurichten und letztlich neu zu legitimieren ist.

Ein Versuch, die Debatte zusammenzuführen, scheint damit ebenso notwendig wie vielversprechend. Geklärt werden müsste, wo und wie die verschiedenen Konzepte miteinander vereinbart werden können, wo Entscheidungen getroffen werden müssen – und wie diese aussehen sollen. Eine Programmatik zu entwickeln, die möglichst viele Teile der Partei »mitnimmt«, also Gemeinsamkeiten aufgreift, und diese gleichzeitig kohärent miteinander verbindet, ist sicher eine schwierige Gradwanderung und eine Herausforderung für die Partei. Die Tatsache, dass sich die Führung und die Basis der britischen Labourpartei dieser Aufgabe bewusst zu sein scheint – und die Tatsache, dass es der Partei zuletzt mit New Labour schon früher gelungen ist, ein sozialdemokratisches Projekt zu entwickeln (und die Wählerinnen und Wähler damit zu überzeugen), stimmen aber optimistisch und lassen auf eine spannende und produktive weitere Debatte hoffen.


 Literatur

- Byrne MP, Liam** (2012): *The new centre-ground, how can progressives win a new majority*, (progress), Februar 2012 (als Download verfügbar unter: <http://www.progressonline.org.uk/pamphlets/>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Clarke, Éoin/Gardner, Owen** (Hrsg.) (2011): *The Red Book*, London (als Download verfügbar unter <http://www.scribd.com/doc/74185392/The-Red-Book>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Cooke, Graeme** (2011): *Still Partying like it's 1995. How the Centre-Left can grasp the new sources of energy in society to transform politics*, (IPPR) September 2011 (als Download verfügbar unter: <http://www.IPPR.org/publications/55/7983/still-partying-like-its-1995>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Cooke, Graeme/Lent, Adam/Painter, Anthony/Sen, Hopi** (2011): *In the black Labour. Why fiscal conservatism and social justice go hand-in-hand. A Discussion Paper*, London (policy network) 2011 (als Download verfügbar unter: <http://www.policy-network.net/publications/4101/In-the-black-Labour>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Cox, Joe** (2012): *Plan B. What Britain can learn from the German economic recovery*, London (compass) Mai 2012. (Als Download verfügbar unter: http://clients.squareeye.net/uploads/compass/documents/Compass%20Plan%20B_2.pdf). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Cramme, Olaf/Diamond, Patrick** (Hrsg.) (2012): *After the third way. The Future of Social Democracy in Europe*, London (I.B. Tauris) 2012.
- Cruddas, Jon/Andrea Nahles** (2009): *Building the Good Society. The project of the democratic left*, London (compass) 2009. (Als Download verfügbar unter: http://www.lwbooks.co.uk/journals/soundings/social_europe/building%20good%20society.pdf). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Diamond, Patrick** (2012): Was will »Blue Labour«?, in: *Berliner Republik* 1/2012 (<http://www.b-republik.de/archiv/was-will-%E2%80%9Eblue-labour%E2%80%9C>). Abgerufen am 6. August 2012.
- Diamond, Patrick/Stears, Marc/Plant, Raymond/Walker, David** (2011): Response to Roy Hattersley and Kevin Hickson, in: *The Political Quarterly*, Vol. 83, Nr. 1 (Oktober–Dezember 2011), 12–18 (<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-923X.2012.02280.x/pdf>; <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-923X.2012.02282.x/pdf>; <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-923X.2012.02286.x/pdf>; <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-923X.2012.02283.x/pdf>). Jeweils abgerufen am 1. Juli 2012.
- Glasman, Maurice/Rutherford, Jonathan/Stears, Marc/White, Stuart** (Hrsg.) (2011): *The Labour Tradition and the Politics of Paradox: The Oxford London Seminars 2010–11*, Juni 2011 (als Download verfügbar unter www.lwbooks.co.uk). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Glasman, Maurice** (2011): My Blue Labour vision can defeat the coalition, in: *The Guardian*, 24. April 2011 (<http://www.guardian.co.uk/politics/2011/apr/24/blue-labour-maurice-glasman>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Glasman, Maurice** (2012): Ed Miliband must trust his instincts and stand up for real change, in: *New Statesman*, 5. Januar 2012 (<http://www.newstatesman.com/uk-politics/2012/01/labour-change-economy-miliband>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Hattersley, Roy/Hickson, Kevin** (2011): In Praise of Social Democracy, in: *The Political Quarterly*, Vol. 83, Nr. 1 (Oktober–Dezember 2011), 5–12 (<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1467-923X.2011.02259.x/pdf>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Hickson, Kevin/Redford, Pete** (2012): Labour must be more ideological to win the next election, in: *Fabian Review* vom 1. Mai 2012 (<http://www.fabians.org.uk/social-democracy-both-social-and-democratic/>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Lizoain, David** (2012): The Silliness of »In the black labour«, in: *social europe journal* vom 6. Januar 2012 (<http://www.social-europe.eu/2012/01/the-silliness-of-in-the-black-labour/>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Meyer, Henning/Rutherford, Jonathan** (Hrsg.) (2012): *The Future of European Social Democracy. Building the Good Society*, London (palgrave macmillan).
- Miliband, David** (2012): Time to rethink, not reassure, in: *New Statesman* vom 2.2.2012 (<http://www.newstatesman.com/uk-politics/2012/02/labour-social-government-party>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Pearce, Nick** (2012): New times, new thinking, in: *New Statesman* vom 26. März 2012 (<http://www.newstatesman.com/uk-politics/2012/03/social-tax-spending-services>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Philpot, Robert** (Hrsg.) (2011): *The Purple Book. A progressive Future of Labour*, London. Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Reed, Howard** (2012): »White Flag« Labour? *Fiscal Policy for the UK's next progressive Government*, London (compass) (als Download verfügbar unter: <http://compassonline.org.uk/news/item.asp?n=14489>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Reed, Howard/Lawson, Neal** (Hrsg.) (2011): *Plan B. A good economy for a good society*, London (compass) 2011. (Als Download verfügbar unter: http://clients.squareeye.net/uploads/compass/documents/Compass_Plan_B_web.pdf). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Runciman, David** (2011): Socialism in One County, in: *London Review of Books* (Online), Bd. 33, Nr. 15, 11–13 (<http://www.lrb.co.uk/v33/n15/david-runciman/socialism-in-one-county>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Sen, Hopi** (2012): That train don't stop here any more, in: *ProgressOnline*, 17.5.2012 (<http://www.progressonline.org.uk/2012/05/17/that-train-dont-stop-here-any-more/>). Abgerufen am 1. Juli 2012.
- Taylor-Gooby, Peter** (2012): *A left trilemma. Progressive public policy in the age of austerity*, London (policy network) 2012 (als Download verfügbar unter: <http://www.policy-network.net/publications/4156/A-Left-Trilemma>). Abgerufen am 1. Juli 2012.



Über die Autorin

Dr. Dorothea Steffen ist Historikerin und beruflich als freie Lektorin tätig. Sie ist ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Deutsche Rechtsgeschichte der Freien Universität Berlin sowie des Bundestagsbüros von Andrea Nahles.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-261-3